

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Betriebsausschuss Umweltbetrieb	15.11.2022	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	21.11.2022	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	08.12.2022	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld (UWB) für das Jahr 2023

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Kernhaushalt: Wesentliche Auswirkungen auf den Kernhaushalt:

- Mindererträge aus Ergebnisabführungen des UWB (7,4 Mio. € in 2023, 6,8 Mio. € in 2024, 6,2 Mio. € in 2025, 5,4 Mio. € in 2026 / im Entwurf des HP 23 bereits umgesetzt)
- Mehraufwendungen Zuweisung Grünunterhaltung (8,0 Mio. € in 2023, 8,6 Mio. € in 2024, 9,2 Mio. € in 2025, 9,8 Mio. € in 2026)
- Minderaufwendungen für die für Entwässerung der öffentlichen Straßen (jährlich rd. 1,3 Mio. €)

Wirtschaftsplan UWB: Wesentliche Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan des UWB

- Im Planungszeitraum bis 2024 werden Bilanzgewinne ausgewiesen (3,3 Mio. € in 2023, 1,7 Mio. € in 2024)
- In den Jahren ab 2025 werden Bilanzverluste prognostiziert (2025 1,3 Mio. €, 2026 3,3 Mio. €)
- Im Planungszeitraum 2023 bis 2026 ergibt sich ein kumulierter Bilanzgewinn in Höhe von 0,5 Mio. €

Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss des UWB und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen, der Rat der Stadt beschließt den Wirtschaftsplan 2023 des Umweltbetriebes in Anlage 1 A (Gesamt-Erfolgsplan UWB), 1 A 1 (Sparten-Erfolgsplan), 1 B (Vermögens- und Finanzplan), 1 C (Stellenübersicht) und 1 D (mittelfristige Erfolgsplanung).

Ergebnisabführungen sind nicht mehr vorgesehen. Über die endgültige Ergebnisverwendung wird im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2023 entschieden.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung, die im Wirtschaftsjahr 2023 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30 Mio. EUR festgesetzt.

Im Wirtschaftsjahr 2023 werden Umschuldungen in Höhe von 4.379 TEUR durchgeführt.

Begründung:

Grundsätzliches

Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2023 erfolgt unter Berücksichtigung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung NRW zum Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW.

Der Kreditrahmen muss aufgrund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts (OVG) zu den Entwässerungsgebühren und den daraus resultierenden Folgen erhöht werden, da im Wirtschaftsjahr 2023 mit geringeren Zuweisungen in den Gebührenhaushalten kalkuliert wird.

Die bereits eingeplanten zusätzlichen Zuweisungen aus dem Kernhaushalt für die nicht durch Gebühren refinanzierten Bereiche reichen nach den aktuellen Planungen dauerhaft für eine auskömmliche Finanzierung des UWB nicht aus. Eine weitere Anpassung der Zuweisungen aus dem Kernhaushalt sollte unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des UWB, der künftigen Jahresergebnisse sowie unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kernhaushaltes geprüft und vorgenommen werden.

A. Erfolgsplan

Der Erfolgsplan 2023 des Umweltbetriebes (Anlage 1 A) sieht Erträge in Höhe von 170.362 TEUR und Aufwendungen in Höhe von 167.028 TEUR vor. Daraus ergibt sich ein geplanter Überschuss in Höhe von 3.335 TEUR. Für das Wirtschaftsjahr 2023 gibt es keine geplante Ergebnisausschüttung. Über die endgültige Verwendung wird im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 entschieden. Der Bilanzgewinn (3.335 TEUR) verringert sich um 381 TEUR im Vorjahresvergleich.

- Ertrag:

Die Erträge steigen insgesamt um 4.056 TEUR auf 170.362 TEUR. Dieses ist überwiegend auf höhere Umsatzerlöse (+3.629 TEUR) zurückzuführen, die mit höheren Zuweisungen (+2.202 TEUR) und höheren allg. Umsatzerlösen (+1.427 TEUR) zu begründen sind. Die nunmehr vorliegende geplante Änderung des KAG NRW führt zu einer Senkung des kalkulatorischen Zinssatzes von 5,58 auf 2,84% und somit zu einem geringeren Gebührenbedarf. Der Überschuss der Sparte Stadtentwässerung – und somit die Summe, die für einen betriebsinternen Verlustausgleich zur Verfügung steht, sinkt deshalb um 13.055 TEUR –.

Vor diesem Hintergrund werden Zuweisungen aus dem Haushalt in Höhe von 12.662 TEUR eingeplant, also 8.000 TEUR mehr als im Vorjahr. Diese zusätzlichen Zuweisungen kompensieren die geringeren Gebühreuzuweisungen der Stadtentwässerung.

Die Gebührenbedarfe für die Abfallentsorgung und die Straßenreinigung steigen um insgesamt 1.489 TEUR.

Die allgemeinen Umsatzerlöse erhöhen sich insgesamt um 1.427 TEUR auf 26.769 TEUR. Im Bereich der Stadtreinigung steigen die Umsatzerlöse insgesamt um 840 TEUR (+533 TEUR Erlöse aus Wertstoffvermarktung, +403 TEUR Erlöse aus dem LVP-Vertrag, +124 TEUR Erlöse der Wertstoffhöfe, -249 TEUR Einstellung des Projektes „TextilOWL“). Im Bereich Stadtgrün erhöhen sich die Erlöse mit dem ISB für Sonderleistungen um 200 TEUR auf 450 TEUR.

Die aktivierten Eigenleistungen bewegen sich mit 1.546 TEUR auf dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Erträge steigen im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2022 um 420 TEUR auf 2.049 TEUR. Diese positive Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen (SOPO) im Vorjahresvergleich um 225 TEUR auf 611 TEUR steigen. Hierin sind u.a. anteilig für drei Monate die geförderten wasserstoffbetriebenen Müllfahrzeuge mit jährlichen Erlösen von 234 TEUR enthalten.

- Aufwand:

Der betriebliche Aufwand erhöht sich im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2022 um 11.833 TEUR auf 167.028 TEUR. Dieses lässt sich wie folgt begründen:

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen in Summe um 9.663 TEUR auf 65.606 TEUR, was einer prozentualen Steigerungsrate von 17,27% entspricht. Die Steigerung für diese Aufwandspositionen ist im Wesentlichen auf gestiegenen Energiekosten (+6.665 TEUR) und Treibstoffkosten (+1.380 TEUR) sowie Reparatur- und Instandhaltungskosten (+935 TEUR) zurückzuführen.

Weitere nennenswerte Steigerungen ergeben sich durch gestiegene Entsorgungskosten (+398 TEUR), einen höheren Aufwand für die Neubeschaffung von Müllgroßbehältern (+383 TEUR), gestiegenen Kosten für die zentrale Vergabestelle (+349 TEUR), höheren Materialkosten (+345 TEUR), gestiegenen Kosten für die Betriebsstoffe der Klärwerke (+298 TEUR) sowie dem Anstieg der Managementproduktpauschale und dem Servicekontrakt (+107 TEUR).

Die vorgenannten Steigerungen können durch die Reduzierung der Verbandsumlage Obere Lutter (- 551 TEUR), des Aufwands für Baumpflege und Instandhaltung Forsten/Tierpark (-550 TEUR) sowie der EDV-Kostenerstattung (-426 TEUR) wegen eines neuen Abrechnungsverfahrens abgemildert werden. Die Verbandsumlage sinkt, da sich der Bielefelder Anteil von 86% auf 71% reduziert.

Das Budget für Personalkosten beträgt im Wirtschaftsjahr 2023 insgesamt 66.818 TEUR. Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Planwert von 2.320 TEUR beruht vor allem auf einem höheren Personalbedarf (s.u.) (+1.790 TEUR) und auf Tarifsteigerungen (+1.269 TEUR). Diese Steigerungen können durch die positive Entwicklung bei den Rückstellungen für Überstunden und Beihilfen (-630 TEUR) etwas abgemildert werden.

Bei den Tarifierhöhungen geht die Stadt Bielefeld von +1,8% in 2022 und +2,0% in 2023 bzw. +2% in 2022 und 2,8% in 2023 für die Beamten aus.

Die geplanten Ansätze für Abschreibungen steigen geringfügig um +363 TEUR auf insgesamt 27.107 TEUR. Diese Entwicklung ist auf die Verschiebung von Investitionen bei den Fahrzeugen, Maschinen und Geräten zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Zinsen reduzieren sich trotz steigender Bankzinsen um 580 TEUR auf 7.008 TEUR. In diesem Jahr wurden die Kredite aufgrund der steigenden Bankzinsen bereits im August/September aufgenommen, so dass die Bankzinsen für den Wirtschaftsplan 2023 konkret anhand der tatsächlich aufgenommenen Kredite ermittelt werden konnten.

Die Sparten-Plan-Ergebnisse sind in der Sparten-Erfolgsübersicht in Anlage 1 A 1 ausgewiesen.

B. Vermögens- und Finanzplan

Der Vermögens- und Finanzplan des Umweltbetriebes (Anlage 1 B) weist mit 90.048 TEUR ein um 8.160 TEUR niedrigeres Gesamtvolumen im Vorjahresvergleich auf. Ursächlich für die Reduzierung ist, dass der Umweltbetrieb im Jahr 2023 zum einen keine Abführung des Jahresüberschusses (Vorjahr 8.241 TEUR) eingeplant hat. Zum anderen sinkt der innerbetriebliche Verlustausgleich um 5.278 TEUR. Das Gesamtvolumen der Sachanlageinvestitionen beläuft sich im Jahr 2023 auf 47.966 TEUR und erhöht sich gegenüber 2022 um 2.675 TEUR.

Von der Gesamtsumme der geplanten Investitionen entfällt auf Maßnahmen der Stadtentwässerung ein Anteil von ca. 32.800 TEUR für eine Vielzahl von Kanalbaumaßnahmen im

gesamten Stadtgebiet und für notwendige Investitionen auf den Kläranlagen. Die Gesamtsumme erhöht sich im Vorjahresvergleich um ca. 530 TEUR und fällt überwiegend für Investitionen in Grundstücke und Gebäude an. Hervorzuheben sind die Kanalsanierung an der Bornholmstraße (2.200 TEUR), Am Fichtenbrink/Am Pferdebrink (1.500 TEUR) sowie an der Sudbrackstraße (1.400 TEUR). Die Investitionen für die Sanierung und Modernisierung der Kläranlagen Heepen, Brake und Sennestadt steigen um 2.000 TEUR und belaufen sich auf 8.000 TEUR. Die höheren Investitionen sind für Anpassungen an neue Anforderungen (z.B. Spurenstoffelimination bzw. notwendige Sanierungen zur Vorbereitung einer 4. Reinigungsstufe) vorgesehen. Für die Sanierung der verrohrten Gewässer sind insgesamt Investitionen in Höhe von 2.327 TEUR eingeplant. Davon entfallen auf den Gewässerausbau der Weser-Lutter 1.527 TEUR, der aus Zuschüssen der Stadt Bielefeld refinanziert wird.

Die Investitionen in Grundstücke und Gebäude steigen im Vorjahresvergleich um 1.890 TEUR auf insgesamt 4.335 TEUR. Insbesondere sind hier Mittel enthalten für Investitionen für den Neubau bzw. die Erweiterung des Betriebs- und Sozialgebäudes der Stadtentwässerung am Schelpmilser Weg in Höhe von 2,4 Mio. EUR. Bei der Stadtreinigung sind aufgrund von Kostensteigerungen weitere 805 TEUR für die Errichtung eines Kehrrichtlagers und Waschplatzes sowie weitere 500 TEUR für bauliche Maßnahmen an den Wertstoffhöfen Nord und Mitte eingeplant. Beim Tierpark sind insgesamt 380 TEUR für die Errichtung von Wildschutzzäunen und für den Ersatzneubau der Eulenvoliere vorgesehen.

Bei der Fahrzeugbeschaffung sind Preissteigerungen von zum Teil 20 % einkalkuliert. Wegen der allgemein schlechteren Finanzlage wurden Beschaffungen von Fahrzeugen, Maschinen, Geräten und Werkzeugen – da wo es möglich ist – ins folgende Jahr verschoben, so dass die Investitionen trotz der Preissteigerungen mit 9.953 TEUR fast auf Vorjahresniveau (9.739 TEUR) liegen. Verschoben wurden überwiegend Fahrzeuge, Maschinen und Geräte für den Maschinenpool, für den PKW Pool sowie für die Grünunterhaltung und Forsten / Tierpark. Trotz der Verschiebung wird die angestrebte Verjüngung des Fuhrparks weiter vorangetrieben. Da, wo es möglich ist, werden Fördermittel beantragt.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (SOPO) für Investitionen erhöhen sich um 225 TEUR auf 611 TEUR. Hierbei handelt es sich um Investitionszuschüsse für geförderte Fahrzeuge als auch um Zuschüsse für Kanalbaumaßnahmen, insbesondere der Weser-Lutter durch den Kernhaushalt.

In 2023 sind weitere Zuschüsse in Höhe von 5.186 TEUR vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die Umstellung des Fuhrparks auf wasserstoffbetriebene bzw. elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge incl. der zugehörigen Ladeinfrastruktur eingeplant.

Zur Finanzierung der geplanten Investitionen ist für das Jahr 2023 ein Kreditvolumen in Höhe von 38.986 TEUR vorgesehen. Im Vorjahresvergleich entspricht dies einer Erhöhung um 7.223 TEUR. Die Nettoneuverschuldung steigt um 6.147 TEUR.

Zur Sicherung der Liquidität benötigt der Umweltbetrieb einen ausreichend hohen Bestand in der betrieblichen Rücklage, um Liquiditätsengpässen begegnen zu können. Auf Grund der positiven Ergebnisse der Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre konnte der Rücklagenbestand auf insgesamt 23.025 TEUR per 31.12.2021 aufgestockt werden. Die derzeitige Höhe der betrieblichen Rücklage ist zwingend erforderlich, um die Deckelung der Kredite zur Liquiditätssicherung auf 30.000 TEUR einhalten zu können. Nach Verbuchung der Rücklage aus dem Jahresabschluss 2021 wird sich der Rücklagenbestand um 7.186 TEUR auf 30.211 TEUR zum 31.12.2022 erhöhen.

Die Tilgungsleistungen für Darlehen im Jahr 2023 liegen mit 22.629 TEUR um 516 TEUR leicht unter dem Vorjahreswert von 23.145 TEUR. Die Tilgungen im Bereich der Vorfinanzierungen und Erschließungen der Stadtentwässerung steigen um 1.593 TEUR auf 4.064 TEUR.

In 2023 werden erstmalig Gesellschafterkredite an die Klärschlammverwertung OWL GmbH im Bereich der Stadtentwässerung in Höhe von 1.466 TEUR eingeplant.

Der innerbetriebliche Verlustausgleich sinkt wegen der höheren Zuweisung aus dem Kernhaushalt in Höhe von 8.000 TEUR.

C. Stellenübersicht

Das Budget für Personalkosten beträgt im Wirtschaftsjahr 2023 insgesamt 66.818 TEUR und ist somit im Vergleich zum Planwert 2022 um 2.320 TEUR gestiegen. Diese Personalkostenerhöhung ergibt sich v. a. aus der anstehenden Tarifsteigerung bei tariflich Beschäftigten von jährlich 2,0% (+ 1.135 TEUR) sowie bei den Beamten von jährlich 2,8% (+ 134 TEUR). Hinzu kommen erhöhte Personalkosten aus dem zukünftigen Personalbedarf (s.u.) Diese Effekte können durch den zielgerichteten Abbau der Personalrückstellungen (Urlaub, Überstunden, Beihilfen) um insgesamt 630 TEUR kompensiert werden.

Der Stellenplan weist für das Jahr 2023 insgesamt 1.098,2 Stellen aus. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 34,3 Stellen dar. Gestiegene Anforderungen, ein erhöhtes Arbeitsaufkommen und neue Konzepte führen in den nachfolgend genannten Bereichen zu einem zusätzlichen Personalaufwand:

<u>Geschäftsbereich</u>	<u>Anzahl Mehrstellen</u>
Betriebsleitung (700.0)	0,5
Zentrale betriebliche Aufgaben (700.1)	4,0
Finanzen und Controlling (700.2)	0,5
Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz (700.3)	3,5
Stadtentwässerung (700.4)	10,8
Stadtreinigung (700.5)	4,5
Stadtgrün und Friedhöfe (700.6)	4,5
Verfügungsstellen	6,0

Bei einem Umsatzvolumen von insgesamt 165 Mio. € jährlich und fast 1.200 Beschäftigten und den sehr vielschichtigen Aufgabenfeldern des Umweltbetriebes kommt der integrierten Unternehmenssteuerung eine große Bedeutung zu. Mit der Schaffung von insgesamt 5 Mehrstellen (Betriebsleitung, Geschäftsbereich 700.1 und 700.2) sollen das betriebliche Controlling, das Aufgabengebiet steuerliche Angelegenheiten, die strategische Steuerung der Beschaffungsprozesse sowie das Fördermittelmanagement, weiter ausgebaut werden.

Bereits im Jahr 2021 wurde zur Schaffung einer rechtsicheren Organisation der Bereiche Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Elektrotechnik und Umweltschutz der Geschäftsbereich Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz (700.3) eingerichtet. Zur Umsetzung des Aufgabenspektrums des Brandschutzes sowie zur gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung der ortsfesten sowie ortsveränderlichen Betriebsmittel ist die Einrichtung von insgesamt 3,5 Mehrstellen erforderlich.

Der größte Bedarf an Mehrstellen zeigt sich im Geschäftsbereich Stadtentwässerung. Der Aufgabenumfang ist im Laufe der letzten Jahre durch neue Aufgaben, erhöhte gesetzliche Anforderungen, das Alter und den dadurch bedingten Instandhaltungs- und Sanierungsbedarfen der technischen Anlagen sowohl im Kanalnetz als auch auf den Bielefelder Kläranlagen stetig gestiegen. Im Hinblick auf eine vorausschauende mehrjährige Sanierungsstrategie zeigt sich sowohl im Kanal- als auch im Kläranlagenbau ein dringender Handlungsbedarf aufgrund eines über viele Jahre hinaus entstandenen Investitionsstaus bzw. des Anstiegs schadhafter Haltungen im Kanalnetz. Nach erfolgter Neuorganisation des Geschäftsbereiches Stadtentwässerung im Geschäftsjahr 2021 sowie der Analyse der gestiegenen rechtlichen und technischen Anforderungen werden insgesamt 10,8 Mehrstellen beantragt.

Für die Umsetzung des politisch beschlossenen Radwege- und Winterdienstkonzeptes sowie zur

Umsetzung der bereits beschlossenen gezielten Öffentlichkeitsarbeit mit Kindern zum Thema Abfallvermeidung ergibt sich im Geschäftsbereich Stadtreinigung insgesamt ein Mehrbedarf von 4,5 Stellen.

Im Geschäftsbereich Stadtgrün und Friedhöfe werden 4,5 Mehrstellen zur langfristigen und fristgerechten Gewährleistung sämtlicher Planungsdienstleistungen beantragt. Die Erhöhung des Stellenplans wird aufgrund der steigenden Bautätigkeiten und der damit verbundenen erhöhten Auftragslage sowie zur gezielten Fördermittelakquise bei diesen Planungsdienstleistungen erforderlich.

D. Mittelfristige Erfolgsrechnung

Die mittelfristige Erfolgsrechnung weist für das Jahr 2023 einen Überschuss von 3.335 TEUR aus. In 2024 sinkt der Überschuss auf 1.733 TEUR. In den folgenden Jahren wird ein Verlust ausgewiesen, der ggf. über die betriebliche Rücklage gedeckt werden kann. Im Jahr 2025 wird der Verlust bei 1.283 TEUR liegen und im Jahr 2026 wird er sich auf 3.250 TEUR erhöhen.

Vorrangig sollte allerdings eine auskömmliche Finanzierung der nicht über Gebühren refinanzierten Bereiche durch den Haushalt erfolgen. Die zusätzlichen Zuweisungen von 8,0 Mio. EUR in 2023 bis 9,8 Mio. EUR in 2026 reichen nach derzeitigem Erkenntnisstand für die Jahre 2025 und 2026 nicht mehr aus, so dass es zu einer planerischen Unterdeckung kommt.

Die in den letzten Jahren geplanten Ergebnisabführungen werden aufgrund der Veränderungen in der Praxis der Gebührenkalkulation (Auswirkungen des OVG Urteils/Gesetzesänderung des KAG NRW) nicht mehr geplant.

Für die Zukunft ist es wichtig, dass der Umweltbetrieb für die Leistungserbringung in den nicht über Gebühren refinanzierten Bereichen kostendeckende Zuweisungen aus dem Haushalt erhält.

Anlagen

Beigeordneter

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Adamski